

Carsten Kaven: Die Durchsetzung der Reformpolitik in China. Analyse eines Ereignisses

Berlin: LIT Verlag, 2008. 157 S., EUR 19,90

Im vergangenen Jahr hat China den 30. Jahrestag seiner Reform- und Öffnungspolitik gefeiert. Der Sozialökonom Carsten Kaven möchte in seiner Fallstudie den Beginn dieser Politik "verorten" und darüber hinaus eine "angereicherte Erklärung" ihrer Durchsetzung seit Mitte der 1970er Jahre liefern. Chinas Politikwechsel erscheint ihm als ein historisches Ereignis im Spannungsfeld von bewussten Entscheidungen und Interessen einzelner Akteure und den langfristigen Zwängen gesellschaftlicher Tendenzen und Prozesse. Kaven kritisiert die Unsitte, Chinas Reformpolitik als ein Datum zu setzen, bei dem die oftmals widersprüchlichen Entscheidungsprozesse – also der Weg der Reformen und ihrer Reformen – bewusst oder unbewusst unterschlagen werden. Demgegenüber stellt er gleich zu Beginn fest, dass Modernisierung kein Prozess sei, der erst mit der Gründung der Volksrepublik oder der Durchsetzung der Reformpolitik eingesetzt habe. Seinen eigenen Ansatz grenzt er sowohl von einer klassischen Geschichtsschreibung als auch von einer rein ökonomischen Analyse durch zwei zentrale Annahmen ab. Erstens ist für ihn jeder soziale Prozess machtbestimmt und zweitens gilt ihm jedes Ereignis als historisch spezifisch und somit als singular.

Aufbauend auf diesen beiden Annahmen entwirft Kaven ein Analyseraster mit insgesamt vier Ebenen, die er in seiner Studie nacheinander beleuchtet. Die unterste Ebene bildet die Beschreibung des historischen Geschehens, das "Gewimmel von Entscheidungen, Erlassen, Übervorteilungen und Zufällen". Auf der zweiten Ebene (Handlungspraxis) nimmt er die zentralen Akteure und ihre Beziehungen untereinander in den Blick. In seiner Beschreibung der formellen und der informellen Machtbalance im Rahmen der Besetzung von wichtigen Partei-

posten oder etwa der Verbundenheit hochrangiger Parteikader mit ihren "Heimatprovinzen" betont der Autor vor allem die fortdauernde Rivalität zwischen den Reformern und den radikalen beziehungsweise kulturevolutionären Linken mit ihrer lokalen Machtbasis Schanghai. Einzelne Fraktionen und "Erfahrungsgruppen" (Jürgen Domes) innerhalb der chinesischen Führungsspitze und ihre jeweiligen Machtressourcen werden detailliert vorgestellt. Die dritte Ebene (einbettenden Strukturen) dokumentiert die wesentlichen, langfristig wirksamen strukturellen Zwänge, die auf alle Akteure einwirken: politisches System, Kultur und auswärtige Beziehungen. In einer Tour d'Horizon verknüpft Kaven Schlagwörter und Debatten wie beispielsweise das Konzept der permanenten Revolution, die Reform der Staatlichkeit und Bürokratie, der Aufbau einer Rechtsgesellschaft, die Steuerpolitik, die Schaffung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, der Wandel der Eigentumsformen und die Diskussion über Zentralismus. Er übernimmt die These, dass die zerstörerische Wirkung der Kulturrevolution als "kognitiver Bruch" (Herrmann-Pillath) den Weg der Reformen und die allgemeine Bereitschaft zu Wandel und Pragmatismus maßgeblich beeinflusst hat. In der außenpolitischen Öffnung Chinas - wie beispielsweise dem UN-Beitritt und der Annäherung an die USA - sieht er ebenfalls ein positives strukturelles Element und einen positiven Einflussfaktor auf die chinesische Reformpolitik. Die vierte Ebene der "eigendynamischen Beziehungen" (Norbert Elias) widmet sich dem Zusammenspiel von Struktur und Dynamik. An einer Reihe von so genannten historischen Imperativen (Legitimation, ökonomische Logik, Wissen, internationaler Wettbewerb, Verteidigung, Bevölkerungswachstum und Ernährung) legt Kaven dar, welche gesellschaftlichen Spannungen die Auslöser für gesellschaftlichen Wandel waren. Er stellt eine Reihe von Ungleichgewichten auf, die die chinesische Reform- und Öffnungspolitik mehr oder weniger bis heute prägen.

In seiner abschließenden Zusammenfassung betont Kaven nochmals, dass die Durchsetzung der chinesischen Reformpolitik nicht auf ein einziges Strukturmerkmal zurückzuführen ist. Stattdessen seien Mitte der 1970er Jahre in China mehrere Schlüsselfaktoren zusammengekommen. So sei Maos Tod eine "entscheidende Vorbedingung" gewesen, die zu einer zunehmenden Radikalisierung und Kompromisslosigkeit der zwei bestimmenden politischen Fraktionen geführt habe. Am Ende könne Chinas historisch-spezifische Konstellation allerdings nur durch ein Zusammenspiel unterschiedlicher Ereignisebenen erklärt werden. Die Reformpolitik sei im Sinne einer "kontrafaktischen Geschichte" (Alexander Demandt) weder alternativlos noch gesetzmäßig vorbestimmt gewesen, sie war aber gleichfalls auch kein Zufallsprodukt.

Ganz im Stile eines Archäologen gräbt sich Carsten Kaven Stück für Stück zu den Ursprüngen der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik. Im Vordergrund steht jedoch das Herausarbeiten eines "historisch-soziologischen Ereignisbegriffs" und das Ziel, die Komplexität des historischen Geschehens, der Akteure, Strukturen und Dynamiken besser zu erklären. Die Fallstudie strebt nach einem Blick auf das große Ganze. Demgegenüber stehen ein paar Lücken, so etwa bei der Beschreibung der einbettenden Strukturen, in der eine chinesische Perspektive fast vollends fehlt. Leider sind in der gesamten Studie chinesische Autoren und Referenzen Mangelware. Darüber hinaus springt Kaven je nach Kapitel in der Betrachtung des Zeitraums. Zitierte Beispiele reichen von Mitte der 1960er Jahre bis Mitte der 1980er Jahre, ohne, dass eine klare Abgrenzung beziehungsweise Begründung erkennbar wäre. Nichts desto trotz ist die Studie lesenswert und ganz im Sinne des Autors ein hilfreicher Baustein zur Analyse einer historisch-spezifischen Konstellation. Insofern lädt die Fallstudie dazu ein, weitere Akteure und Teilbereiche der chinesischen

Reformpolitik mit dem vorgestellten Analyseraster zu untersuchen.

André Lieber

Wiebke Koenig, Karl-Fritz Daiber (Hg.): Religion und Politik in der Volksrepublik China

Religion in der Gesellschaft Bd. 23. Würzburg: Ergon-Verlag 2008. 458 S., EUR 48,00

In Artikel 36 der Verfassung vom vierten Dezember 1982 garantiert die VR China ihren StaatsbürgerInnen das Recht auf Glaubensfreiheit (zhōnghuá rénmín gònghéguó gōngmín yǒu zōngjiàoxìnyǎng zìyóu 中华人民共和国公民有宗教信仰自由). Sie stellt zudem alle „normalen“ religiösen Aktivitäten unter ihre Obhut (guójiā bǎohù zhèngcháng de zōngjiào huódòng 国家保护正常的宗教活动), wendet sich strikt gegen subversive und die öffentliche Ordnung bzw. das bürgerliche Wohl beeinträchtigende Handlungen, und untersagt in religiösen Belangen explizit jeglichen ausländischen Einfluss (zōngjiàotuántǐ hé zōngjiàoshìwù bù shòu wàiguó shìlì de zhìpèi 宗教团体和宗教事务不受外国势力的支配).

Der Gesetzestext lässt einigen Spielraum frei – was fällt nicht unter die Kategorie „normaler religiöser Handlungen“? Welche Aktivitäten stören die öffentliche Ordnung und wenden sich gegen das Gemeinwohl? – und beschränkt zugleich wieder jenes eingangs großzügig gestattete Freiheitsrecht. Der religionsrechtliche Diskurs in der VR China lässt sich durch eine augenfällige Ambivalenz kennzeichnen: Begrenzung und Förderung, Widerstand und Gönnerschaft, Intoleranz und Duldung. Zu Recht charakterisieren auch die Herausgeber des vorliegenden Bandes, die aktuellen Entwicklungen im Verhältnis von Religion und Politik in der VR China als widersprüchlich. Das gesetzte Ziel des Sammelbandes erkennen Wiebke Koenig, promovierte Soziologin und Län-